

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	13
-----------------------------	----

Abkürzungsverzeichnis	33
------------------------------	----

I. Die Ausgangslage: Das Presseprivileg im Spannungsfeld zwischen Pressefreiheit und Persönlichkeitsrecht	37
--	----

- | | |
|--|----|
| 1. Das Presseprivileg im neuen Bundesdatenschutzgesetz | 37 |
| 2. Der Grundkonflikt des Presseprivilegs | 39 |

II. Instrumentalisierung wirklichkeitswissenschaftlicher Modelle für die normative Bestimmung von Privatsphäre und Selbstbestimmungsrecht	46
--	----

- | | |
|--|----|
| 1. Individuum und Rolle: Schutz vor dysfunktionaler Informationsweitergabe | 47 |
| 2. Privatsphäre als Garantie der inneren Entscheidungsfreiheit | 49 |
| 3. Der Schutz der autonomen Selbstdarstellung im kybernetischen System | 51 |
| 4. Das autotelisch-eindimensionale Modell des BVerfG:
Die Sphärentheorie in der Rechtsprechung zu Privatsphäre und Selbstbestimmung | 54 |
| a) Privatsphäre als Raum: Die Sphärentheorie in der Rechtsprechung des BVerfG | 54 |
| aa) Das autotelisch-sphärische Grundmodell | 54 |
| bb) Die Intimsphäre: der unantastbare Kern | 57 |
| cc) Die Privatsphäre: Der "relative" Schutz | 58 |
| dd) Der Öffentlichkeitsbereich | 59 |
| ee) Kriterien des BVerfG zur Abgrenzung Privatsphäre-Intimsphäre | 60 |

(1) Der Sozialbezug: Die faktische Eliminierung der Intimsphäre	61
(1.1) Die Reduktion des Anwendungsbereichs	61
(1.2) Die Intimssphäre: Schutz vor dem Zwang zur Fixierung des Unausgesprochenen	63
(2) Weitere Abgrenzungskriterien des BVerfG	65
(2.1) Geheimnischarakter und Höchstpersönlichkeit	65
(2.2) Zugänglichkeit als Kriterium der Beobachtbarkeit	66
(2.3) Rechtszwang zur Offenbarung	66
(2.4) Der Geheimhaltungswille	67
ff) Die Relativität des Sphärenmodells als zwingende Folge des autotelischen Ansatzes	67
gg) Operationabilität des Sphärenmodells	70
b) Aspekte der Rechtsprechung des BVerfG zur Selbstdarstellung der Person	71
aa) Exkurs: Die Wurzeln des Selbstdarstellungsrechts in der zivilrechtlichen Rechtsprechung	72
bb) Die Entwicklung der informationellen Selbstdarstellung in der Rechtsprechung des BVerfG	74
(1) Die Mikrozensus-Entscheidung (E 27,1)	74
(2) Scheidungsakten-Entscheidung (E 27, 344)	76
(3) Das Soraya-Urteil (34,269)	77
(4) Die Lebach-Entscheidung (E 35, 202)	78
(5) Die Urteile Eppler/Böll (E 54, 148, 208)	78
(6) Entscheidung zum Volkszählungsgesetz 1983 (E 65,1)	81
(7) Entscheidungen zum Volkszählungsgesetz 1987	84
(8) Wallraff-Urteil (E 66, 116)	85
(9) Entmündigungs-Urteil (E 78, 77)	85
(10) Tagebuch- Entscheidung (E 80, 367)	86
(11) Die dreiphasige Entwicklung	87

III. Das Allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundlage des Datenschutzes	88
1. Rechtssoziologische Grundstrukturen und deren Entsprechung in den Grundrechten	88
2. Verhältnis des Art 2 I GG zu den speziellen Freiheitsgrundrechten	89
3. Die Verortung der Datenschutz-Zielfunktionen im Allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art 2 I i. V. mit 1 I GG	91
a) Zielfunktionen des Datenschutzes in den unbenannten Freiheitsrechten des Art 2 I GG	91
b) Allgemeine Handlungsfreiheit und menschenwürdebezogenes Persönlichkeitsrecht	93
c) Der Menschenwürdebezug des Persönlichkeitsrechts und die Folgen für den Datenschutz	95
4. Persönlichkeitsentfaltung durch interaktive Interpenetration: Der heterotelische Aspekt des Art 2 I GG	97
a) Die Wirklichkeitswissenschaft: Interaktive Persönlichkeitsentfaltung als beobachtbare Operation	99
b) Die Rechtsdogmatik: Das "neue Paradigma der Freiheit" in der heterotelischen Sicherung der Beobachtbarkeit der Entfaltung durch Art 2 I GG	102
5. Verfassungskompatibilität des Modells der "asymmetrischen" Befangenheit innerhalb Art 2 I GG	105
a) Die Ausgangslage: Interessenmehrdimensionalität im Spannungsfeld Beobachtung - Befangenheit	106
aa) Das Interesse am Beobachten und Beobachtetwerden	107
bb) Das Schutzziel: Vermeidung von Befangenheiten durch Beobachten und Beobachtetwerden	109
b) Systemstabilisierung durch Nichtwissen als Korrektiv erkenntnisfördernder Beobachtung	113
c) Beobachtungsreglementierung als Korrespondenzinteresse zur Vermeidung "asymmetrischer" Befangenheit	115
d) Die Funktion der Knappheit von Aufmerksamkeit für die Vermeidung "asymmetrischer" Befangenheit	118
e) Datenschutz im Interdependenzen-Geflecht: Von der Nutzlosigkeit der Beobachtungsreglementierung	122

IV. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Datenschutzes in den Spezialgrundrechten	124
1. Sektoralenschutz im Rahmen der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit des Art 4 GG	125
a) Das forum internum des Art 4 I GG: Schutz vor dem Zwang zur Fixierung des Unausgesprochenen	125
b) Kommunikative Selbstdarstellung durch positive Bekenntnisfreiheit nach Art 4 I GG	127
c) Informationelles Schweigerecht der negativen Bekenntnisfreiheit aus Art 4 I GG	129
2. Sektoralenschutz durch Meinungsfreiheit nach Art 5 I GG	130
a) Anhörung und Loyalitätssicherung durch Positive Meinungsfreiheit ?	131
b) Negative Meinungsfreiheit als Grundlage für ein informationelles Selbstbestimmungsrecht ?	133
3. Informationsrecht in Ehe und Familie, Art 6 GG	135
a) Die formalisierte Unbefangenheit auf der "Hinterbühne"	136
b) Die Einrichtung der "Hinterbühne": Organisationsfreiheiten in Art 6 I GG	138
4. Informationelle Selbstdarstellung und die Freiheit vor Beobachtung in den Art 8 und 9 GG	139
5. Formalisierter Schutz beobachtungsfreier Kommunikation durch Art 10 GG	142
6. Die Wohnung als informationell geschützter Rückzugsbereich, Art 13 GG	144
7. Die Mißachtung spezialgrundrechtlichen Sektoralerschutzes durch das BVerfG	145
V. Umfang und Reichweite des informationellen Selbstbestimmungsrechts, insbesondere im Hinblick auf seine Relevanz für die Medien	149
1. Das weite Interpretationsfeld zwischen absolutem Herrschaftsrecht und partiellem Persönlichkeitsschutz	150
2. Das schemenhaft konturlose Selbstbestimmungsrecht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	156

a) Der inhaltliche Umfang des Rechts	156
b) Die Reichweite des Selbstbestimmungsrechts	160
3. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung im Modell der "asymmetrischen" Befangenheit	163
a) Interne Beobachtungsinhalte des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	163
b) Die Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts durch Informations- und Pressefreiheit	165
c) Die Drittwirkung des informationellen Selbstbestimmungsrechts	168
aa) Mittelbare Drittwirkung des Rechts	168
bb) Das Übertragungsverbot öffentlichrechtlicher Grundsätze	170
cc) Schutzverlust und Schutzabstufung des Selbstbestimmungsrechts im Verhältnis der Privaten, speziell zwischen Bürger und Presse	172
4. Der Umfang des sektoralen, abgestuften Selbstbestimmungsrechts gegenüber der Presse	176
a) Das Selbstbestimmungsrecht als Befangenheitsabwehrrecht	176
b) Befangenheitsabwehr und ihre Übertragung in die Sachverhalte verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung	178

VI. Anwendungsbereich des Presseprivilegs unter Berücksichtigung des Umfangs der Rechte auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung

1. Anwendbarkeit des BDSG für Pressearchive: Der Dateibegriff des 3 II BDSG	186
a) Das Pressearchiv deutscher Printmedien: Vom manuellen Zeitungsausschnittarchiv zur elektronischen Presse-Volltextdatenbank	188
aa) Pressearchive und ihre Benutzer	188
bb) Die Aufgaben des Pressearchivs	189
cc) Typen von Pressearchiven	192
dd) Vor- und Nachteile der elektronischen Pressedatenbank	195
ee) Personalisierungstendenzen in der Nachrichtenpräsentation und das "personenbezogene" Datum nach 3 I BDSG im Pressearchiv	197
b) Der Dateibegriff im neuen Bundesdatenschutzgesetz	199

aa) Das Archiv als gleichartig aufgebaute Sammlung personenbezogener Daten	201
bb) Umordnungsmöglichkeit nach sortierfähigen Merkmalen	202
cc) Das Pressearchiv als Akte/ Aktensammlung	205
c) Zusammenfassung	206
2. "Unternehmen oder Hilfsunternehmen der Presse"	207
a) Die meinungsbildende Funktion: Beobachtungsreglemen- tierung durch den Beobachter des Beobachters ?	207
b) Die Werkszeitung als Presseunternehmen	211
c) "Hilfsunternehmen der Presse"	212
3. Der "journalistisch-redaktionelle" Zweck in 41 I BDSG	213
4. 41 I und "publishing on demand" als entgeltliche Datenweiter- gabe an Medienfremde	216
a) Informationsverkauf auf Abfrage: "Datenbank-Marketing"	216
b) Datenweitergabe "ausschließlich zu eigenen" Zwecken	218
(1) Intermediale Informationsweitergabe	220
(2) Extramedial, selbstpublizierte Informations- weitergabe	223
(3) Extramedial, fremdpublizierte Datenweitergabe	224

VII. Grundrechtliche Schutzpflicht und pressspezifische Regelung 226

1. Die pressspezifische Datenschutzregelung als kompatibilitäts- sicherndes Verfahren	227
a) Die Forderung nach einem bereichsspezifischem Gesetz und bisherige Begründungsversuche	227
b) Die Zielvorstellung der normativen Symmetrie im tripola- ren Verhältnis Staat - Beobachter - Beobachteter	229
aa) Das "Rechtsdreieck" im informationsrechtlichen Raster von Beobachtung und Befangenheit	230
bb) Die Tauglichkeit bipolarer Rechtstechniken zur Herstel- lung tripolarer Symmetrie	233
cc) "aequivalentia libertatis" durch Verfahren und Orga- nisation	234
2. Dogmatische Grundstrukturen zur Begründung grundrechtlicher Schutzpflichten	237

a) Die Schutzpflicht aus der objektiv-rechtlichen Wertentscheidung der Grundrechte in der Rechtsprechung des BVerfG	237
b) Die staatliche Schutzpflicht: Facetten dogmatischer Begründungsversuche	240
aa) Der objektiv-rechtliche Gehalt und die Staatsabwehrdoktrin	242
bb) Die Schutzpflicht als notwendiger Staatszweck	244
cc) Grundrechtliche Schutzpflichten als Störungsabwehrpflichten ?	245
3. Der Umfang der grundrechtlichen Schutzpflicht für das informationelle Selbstbestimmungsrecht	249
a) Abwehr- und Schutzgehalt der Grundrechte und ihre unterschiedliche Wirkungsintensität	249
b) Die inhaltliche Konturierung der staatlichen Schutzpflicht	251
aa) Inhaltliche Begrenzung der Schutzpflicht in der Rechtsprechung des BVerfG	252
bb) Die Eingrenzung des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers	255
cc) Privatautonomer Selbstschutz und Primärverantwortung des Einzelnen	257
4. Die Konturierung des Umfangs der Schutzpflicht durch die Pressefreiheit des Art 5 I S. 2 GG	259
a) Die Zuordnung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	260
b) Allgemeine Kriterien zur Feststellung der Proportionalität	263
aa) "Art" und "Rang" des geschützten Rechtsgutes - Die Frage nach der grundrechtlichen Wertrangordnung	264
(1) Der Vorrang des Persönlichkeitsrechts	265
(2) Der Vorrang der "funktional-demokratischen" Pressefreiheit	266
bb) Art, Nähe und Ausmaß möglicher Gefahren	270
cc) Das vorhandene Regelungswerk zum Persönlichkeitsrechtsschutz gegenüber Gefährdungen durch Presseunternehmen	271
(1) Der Anspruch auf Schadensersatz	272
(2) Der presserechtliche Gegendarstellungsanspruch	273
(3) Der Unterlassungsanspruch (§§ 12, 861, 1004 BGB analog)	274
(4) Beseitigung, Richtigstellung und Widerruf	275

(5) Auskunftsanspruch und andere Hilfsansprüche	276
(6) Freiwillige Selbstkontrolle: Ziffer 8 des Pressekodex	276
dd) Sonstige Kriterien zur Proportionalitätsfeststellung	277
5. Die Verfassungskonformität des Presseprivilegs und die Forderung nach pressenspezifischen Datenschutzregelungen	279
a) Statt Kollision: Das Medienprivileg als koordinierende Kompatibilitätslösung	279
b) Kompatibilität durch "Privilegierung": Das Regelungskonzept des Gesetzgebers und seine Folgen	280
c) Die Verfassungskonformität des Presseprivilegs	282
aa) Die Erforderlichkeit des Presseprivilegs	283
(1) Die Alternative Sperrungsanspruch	283
(2) Die Alternative Auskunftsanspruch	284
bb) Die Proportionalität des Presseprivilegs	286
d) Das Fehlen pressenspezifischer Datenschutzregelungen als Verletzung staatlicher Schutzpflicht ?	287
aa) Der restriktive Überprüfungsmaßstab legislativer Untätigkeit	287
bb) Gänzliche Untätigkeit der Legislative	290
cc) Gänzliche Ungeeignetheit der getroffenen Regelungen	291
dd) Völlige Unzulänglichkeit der getroffenen Regelungen	292
ee) Der Evidenzvorbehalt	294
ff) Die rechtspolitische Notwendigkeit pressenspezifischer Datenschutzregelungen	296
VIII. Zusammenfassung der Ergebnisse	299